

Werdegang, Ordination und andere Ordinierte

Literatur: Skript Klostermann, PfdG 3-10; Ordinationsgesetz

1. Rechtliche Bestimmungen zum Werdegang

Das „Pfarrerausbildungsgesetz der EKU“ (PfausbG) regelt Studium, 1. Examen und Vorbereitungsdienst – rheinische Regelungen enthält das zugehörige Ausführungsgesetz. Der Probendienst wird im Pfarrerdienstgesetz (PfdG) der EKU geregelt.

Voraussetzungen zum Vikariat sind neben dem 1. Examen, dass man vollberechtigtes Glied einer Gliedkirche der EKD und gesundheitlich geeignet, d.h. ohne körperliche oder psychische Schäden ist, die einen an der Ausführung des Dienstes hindern können.

§12 PfdG regelt die **Dienstaufsicht für Vikare**: Während Gemeinde- und Schulzeit ist der Superintendent zuständig, im Predigerseminar der Leiter des Predigerseminars. Praxis und Gesetz weichen offenbar voneinander ab: An Taufe und Abendmahl sollen Vikare nur mitwirken.

2. Idee und Geschichte der evangelischen Ordination

Mit der Ordination wird der Dienst der **öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung** auf Lebenszeit übertragen. Dazu gehören Sendung, Verpflichtung und Segnung in einem öffentlichen Ordinationsgottesdienst. Weil die Ordination nicht an eine Gemeinde gebunden ist, wird sie von einem Amtsinhaber vorgenommen, der die Gesamtgemeinde repräsentiert - anders als bei der Amtseinführung.

3. Gesetzliche Regelungen

2.1 Die rechtlichen Grundlagen für die Ordination finden sich im Pfarrdienstgesetz (PfdG). Die Ordination begründet **Rechte und Pflichten** – wobei insbesondere die Rechte nicht geregelt sind (§3). Sie entstammen in der Regel den Rechten und Pflichten des Dienstverhältnisses.

Nach einem **Gespräch** mit den zur Ordination Beauftragten, das die Voraussetzungen des zu Ordinierenden prüft, wird die **Ordination** in einem öffentlichen Gottesdienst durchgeführt und durch Urkunde und Niederschrift bestätigt. Der **Verlust** der Ordinationsrechte erfolgt durch Rücknahme der Berufung (wegen Täuschung), Entlassung, Ausscheiden (z.B. Kirchenaustritt), Verlust der Anstellungsfähigkeit, Lehrbeanstandungs- und Disziplinarverfahren. Die Ordinationsrechte können belassen werden, wenn eine anderweitig aufgenommene Tätigkeit im Zusammenhang mit dem Verkündigungsauftrag steht.

Auf Antrag kann man auf die Ordinationsrechte verzichten. Damit verliert man die Anstellungsfähigkeit, das Recht auf Amtsbezeichnung und Amtstracht und muss die Urkunden zur Ordination und Anstellungsfähigkeit zurückgeben. Die Rechte können nach Verzicht ohne neue Ordination erneut übertragen werden. Aufgrund psychischer Krankheit können die Rechte ruhen.

2.2 Für die EKIR ist genaueres geregelt im **Ordinationsgesetz**. Laut *Präambel* gründet der Dienst im Dienst der ganzen Gemeinde, die Botschaft von Gottes freier Gnade an alles Volk auszurichten.

Voraussetzungen nennen Pfarrdienstgesetz (PfdG) und Prädikantengesetz (PrG): Eignung für den Dienst, Befähigung zum Presbyteramt, Alter >25 Jahre, abgeschlossene Ausbildung und Zurüstung für den Dienst.

4. Prädikantinnen- und Prädikantengesetz (PrG) der EKIR

Gemäß KO 63 können Mitglieder einer Kirchengemeinde, welche die **Gabe der Wortverkündigung** haben, zum Dienst der öffentlichen Verkündigung des Wortes Gottes, der Verwaltung der Sakramente und Seelsorge ordiniert und damit zu Prädikant(innen) bestellt werden.

Im Rheinland können außer denen, die als Pfarrer ausgebildet werden, **folgende Personen** ordiniert werden:

a) ehrenamtlich Mitarbeitende, b) beruflich Mitarbeitende, die die Anstellungsfähigkeit als Diakon, Gemeindeglieder, Gemeindepädagoge haben, c) andere beruflich Mitarbeitende gemäß KO 66 und d) Prediger eines dem Gnadauer Verband angehörenden landeskirchlichen Gemeinschaftsverbandes.

Weitere Bedingungen werden nicht genannt. Sie richten sich nach den Voraussetzungen für die Ordination.

Prädikanten unterstehen der **Dienstaufsicht** der Presbyterien bzw. anderer Leitungsorgane. Im Einzelfall ist auch der Superintendent dazu befugt. Regelmäßigen Dienst in einer Predigtstätte muss der KSV genehmigen. Der Dienst ist ehrenamtlich, kann aber in Vertretungsfällen vergütet werden, wenn es sich nicht um bei der Kirche Beschäftigte handelt, die den Dienst als Teil ihres Beschäftigungsauftrags verrichten.